

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 26) 21 90 38/39  
Telex: 03 86 846 ppbn d



## Inhalt

35. Jahrgang / 220

14. November 1980

Georg Leber MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, zum Besuch von Papst Johannes Paul II. in der Bundesrepublik Deutschland: Willen zum Frieden.

Seite 1-3

Friedrich Halstenberg erläutert den Plan, den Parteiapparat ohne Verlust der Beweglichkeit zu straffen: Soziale Härten werden vermieden.

Seite 4

Norbert Gansel MdB sieht in der Koalitionsvereinbarung die Signale für Öleinsparungen als zu kurzgekommen an: Ein schlimmes Versäumnis.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Willen zum Frieden

Papst Johannes Paul II. besucht die Bundesrepublik Deutschland

Von Georg Leber MdB  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Wenn Papst Johannes Paul II. in den nächsten Tagen durch die Bundesrepublik reist, so gilt sein Besuch einem Land, das entscheidend vom Christentum geprägt wurde. Umgekehrt ist wohl kaum eines der europäischen Länder, außer Italien, für die Geschichte des Christentums im Abendland über eine lange Zeit hinweg so entscheidend gewesen wie Deutschland. Dies gilt für die Zeit des Mittelalters, in der die deutschen Kaiser eine der einenden Klammern des Abendlandes waren, wie für die Zeit der Reformation, in der tiefgreifende Ansätze der Erneuerung des religiösen Denkens und Fühlens von unserem Land ihren Ausgang nahmen.

Dies hat nicht nur zur Spaltung der Christenheit geführt. Von der Reformation gehen für die Entfaltung des Christentums im Ganzen wichtige Entwicklungen und Impulse aus. Im 2. Vatikanischen Konzil ist dies auch von der katholischen Kirche mit Nachdruck anerkannt worden. Der Respekt vor diesem eigenständigen Wert der nachreformatorischen Entwicklung hat ein Aufeinanderzugehen der getrennten Kirchen ermöglicht, aus dem die ökumenische Nähe erwachsen ist, in der die Kirchen heute zueinander stehen.

Bei den Betrachtungen aus Anlaß der Reise, die den Papst in das Stammland der Reformation führt, ist es gut, nicht zu übersehen, daß auch die hin und wieder einmal zutage tretenden Spannungen ihre Wurzel nicht darin haben, daß eine der Kirchen vorökumenische Zustände anstrebt, sondern vielmehr darin, wie groß die Nähe der Christen und der Kirchen unterschiedlicher Konfessionen bereits ist.

Wer weiß, wie tief verwurzelt die Gegenstände zwischen Katholisch und Evangelisch einmal gewesen sind, dem fällt es



nicht schwer, anzuerkennen, was in den Kirchen in den vergangenen Jahren an echter und brüderlicher Annäherung erreicht worden ist. Wer daran denkt, dem wird es auch nicht an Geduld fehlen, wenn kirchliche Einrichtungen für Leitung und Lehre sich manchmal erst für die Erhaltung der jeweiligen konfessionellen Eigenständigkeit verantwortlich fühlen. Es kann der ökumenischen Entwicklung nur förderlich sein, wenn die Reise des Papstes die Fragen nach dem, was eigentlich noch die Konfessionen trennt, ehrlich und realistisch ins Bewußtsein der Öffentlichkeit bringt.

Der Papst reist in ein Land, von dem der letzte, Europa erschütternde Weltkrieg seinen Ausgang nahm und das am Ende dieses Krieges in seinem territorialen Bestand geteilt wurde. Diese Teilung betrifft nicht nur die deutsche Nation und ihr Selbstverständnis. Sie betrifft auch die Menschen mit ihren verwandtschaftlichen, freundschaftlichen, gesellschaftlichen, beruflichen und kulturellen Gemeinsamkeiten, so wie es Menschen einer Nation zukommt. Es verdient Dank, daß Papst Johannes Paul II. diesem Umstand bei der Ankündigung seiner Reise Rechnung trug. Dieser Akzent gilt dem Anspruch der Menschen, auf Nähe und Kommunikation, wie sie auch in der vom Heiligen Stuhl mitarbeiteten Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) verbrieft ist.

Es kann bei diesem Besuch nicht ohne Belang sein, daß dieser Papst aus Polen stammt. Der Krieg, der von unserem Land 1939 seinen Ausgang nahm, hat über das polnische Volk entsetzliches Unheil gebracht - begangen in deutschem Namen. In der Diözese Krakau, deren Bischof Karol Wojtyla war, liegt das Konzentrationslager Auschwitz. Es ist in den vergangenen Jahren viel gearbeitet worden, um Deutsche und Polen in eine neue nachbarschaftliche Beziehung zu bringen. Das gilt auch für die Kirchen beider Länder, für ihre Kontakte, ihre Begegnungen und ihre Zusammenarbeit, die ein hoffnungsvoller Beitrag für eine Aussöhnung beider Völker sein können. Es sollte daher nicht übersehen werden, daß auch diese Begegnungen auf kirchlicher Ebene ohne die vorangegangene Bereinigung der Beziehungen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen problembeladener oder so wie sie sind vielleicht gar nicht denkbar wären. Das Vertragswerk zwischen der Bundesrepublik und Polen ist eine unabdingbare Voraussetzung für Möglichkeiten der Aussöhnung.



Der heutige Kardinalsstaatssekretär Casaroli hat im November 1977 in Linz in einer Rede die Bedeutung dieser Politik für die europäische Friedensordnung hervorgehoben: "Ich darf an dieser Stelle an das erinnern, was zu Beginn der 70er Jahre die Bundesrepublik Deutschland getan hat. Der 'deutsche Knoten' war zweifellos das schwierigste, verwickelteste und gefährlichste im Herzen Europas zurückgelassenes Erbstück des letzten Weltkrieges: eine offene, und es muß anerkannt werden, immer noch blutende Wunde, eine ständige Bedrohung der Stabilität und der Ruhe im Kontinent."

Die Erhaltung des Friedens ist das zentrale Anliegen, dem verantwortliche Politik zu dienen hat. Johannes Paul II. und seine Vorgänger haben immer wieder hervorgehoben, welche große Bedeutung dieser Aufgabe zukommt, aber auch wie große Anstrengungen dafür aufzubringen sind.

Dabei machten die Päpste unübersehbar deutlich, daß es sich bei den Aufgaben der Friedenssicherung nicht nur um militärische Probleme, wie zum Beispiel Abrüstung und Rüstungskontrolle handelt. Papst Paul VI. hat weit über den Bereich der katholischen Kirche hinaus große Beachtung gefunden, wenn er sagte: "Entwicklung ist ein neues Wort für Frieden." Johannes Paul II. wird seit seinem Amtsantritt nicht müde, darauf hinzuweisen, wie sehr der Friede abhängig ist von Gerechtigkeit, Freiheit und der Beachtung der Menschenwürde. Das Eintreten des Papstes für den Frieden ist deshalb nicht nur ein Appell an die Staaten, sondern richtet sich ebenso zwingend an die Möglichkeiten des Einzelnen, in seinem eigenen Bereich Voraussetzung für Frieden zu schaffen.

Ganz ohne Zweifel gehört dazu auch der Friede im Innern eines Landes - zwischen den gesellschaftlichen Bereichen und den sozialen Gruppen. Ebenso notwendig wie der Interessenausgleich und die Bereitschaft zu einem Dialog zwischen den sozialen Gruppen im Staat ist der Dialog zwischen den Staaten trotz unterschiedlicher Auffassungen und Interessenlagen. Auch hierfür hat der Heilige Stuhl sich bemüht, ermutigende Beispiele zu geben. Möge der Besuch von Johannes Paul II. in der Bundesrepublik auch ein Beitrag zum inneren Frieden und ein Zeichen des Willens zum Frieden in der Welt werden.

(-/14.11.1980/bgy/ca)

+ + +



**Soziale Härten werden vermieden**  
-----

**Ziel: Gestraffter Parteiapparat ohne Verlust der Beweglichkeit**

Von Professor Dr. Friedrich Halstenberg

Schatzmeister der SPD

Die SPD muß sparen. Sie hat im Durchschnitt der letzten Jahre unter dem Druck sich in kurzen Abständen jagender Wahlkämpfe rund ein Drittel mehr ausgegeben als sie einnehmen konnte. Das Ergebnis ist ein Schuldenstand von etwa 50 Millionen DM am Jahresende 1980.

Dieser Sachverhalt wäre für sich gesehen noch nicht alarmierend. Die SPD verfügt über Vermögenswerte, die ein Mehrfaches ausmachen. Wenn dennoch jetzt die Notbremse gezogen werden muß, so deshalb, weil das jährliche Defizit vor allem strukturelle Ursachen hat:

- Die kostenwirksamen Aktivitäten der Partei sind in vollem Umfang der allgemeinen Preisentwicklung unterworfen.
- Die Mitarbeiter der "Baracke" nehmen selbstverständlich wie alle Arbeitnehmer an den jährlichen Tarifsteigerungen teil.
- Demgegenüber stagnieren die Einnahmen: Die Mitgliedsbeiträge, nach wie vor finanzielles "Standbein" der SPD, sind zwar vom Kölner Parteitag 1978 erhöht worden, was eine Steigerung des Beitragsaufkommens um rund zehn Millionen DM pro Jahr erbrachte, doch gelangen davon nur 15 Prozent in die Kasse des Parteivorstandes.

Die Einnahmen aus Spenden gehen eher zurück. Die Wahlkampfkostenpauschale des Bundes blieb seit acht Jahren unverändert. Es wäre auch nicht realistisch, ihre Erhöhung in absehbarer Zeit zu erwarten.

In dieser Struktur liegt eine negative Automatik, die sehr bald die Arbeitsfähigkeit der Partei gefährden könnte. Deshalb haben Präsidium und Parteivorstand Einhalt geboten und beschlossen, daß die Kosten der Parteizentrale um 40 Prozent zurückzuführen sind.

Das Ergebnis wird nur unter großer Anstrengung zu erreichen sein. Es bedeutet die Rückführung des Baracken-"Apparates" auf die Dimensionen der Legislaturperiode 1972 bis 1976. Zur Erinnerung: 1972 errang die SPD den größten Wahlerfolg ihrer Geschichte.

Ein Einschnitt in den Personalkörper wird sich nicht vermeiden lassen. Und damit tut sich die SPD naturgemäß besonders schwer.

Dennoch wird es nicht zu "Massenentlassungen" kommen. Wir beabsichtigen, ohne Kündigungen auszukommen. Die Mitarbeiter, deren Gehälter der Parteivorstand nicht mehr auf Dauer wird zahlen können, dürfen sich auf jede nur erdenkliche Hilfe bei der Suche nach neuer Beschäftigung verlassen. Es entspricht sozialdemokratischer Überzeugung, soziale Härten zu vermeiden oder jedenfalls auszugleichen. Wie dies im einzelnen geschehen kann, ist Gegenstand intensiver Gespräche mit dem Betriebsrat in der "Baracke", der die Belegschaftsinteressen mit großer Entschiedenheit vertritt, ohne dabei seine Mitverantwortung für die Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Parteizentrale aus den Augen zu verlieren.

Am Ende dieser schwierigen, gewiß nicht in allen Phasen schmerzlosen Prozedur wird ein gestraffter Parteiapparat stehen, der an Beweglichkeit nicht verloren haben muß. Das wirtschaftliche Ziel, dann auch finanziell für den Doppelwahlkampf des Jahres 1985 gerüstet zu sein, lohnt diese Anstrengung.  
(-/14.11.1980/hi/ca)



Ein schlimmes Versäumnis

-----  
Signale für Öleinsparungen kommen zu kurz

Von Norbert Gansel MdB

"Energiesparen darf nicht nur über den Preis verwirklicht werden. Dieser Versuch würde gerade die Sozialschwachen treffen" - so heißt es im Berliner Parteitagsbeschuß der SPD zur Energiepolitik, der Bestandteil des Wahlprogramms war.

Im Wahlprogramm der FDP heißt es: "Das Ziel wirksamer Energieeinsparungsmaßnahmen bei gleichzeitiger Wahrung größtmöglicher Freiheit des einzelnen wird am ehesten erreicht, wenn die Verteilung einer Mangelware über den Preis geregelt wird, wobei soziale Härten - wie durch Heizkostenzuschuß - ausgeglichen werden müssen."

In der Vereinbarung der Koalitionspartner heißt es: "Die Mineralölsteuer wird ab 1. April 1981 für Benzin um sieben Pfennig je Liter, für Dieselöl um drei Pfennig je Liter erhöht."

Eine Gegenüberstellung dieser Vereinbarung mit dem ihr zugrundeliegenden Wahlprogramm ergibt:

1. Es handelt sich bei der Vereinbarung um keinen Kompromiß über eine Energieeinsparmaßnahme, denn dann hätte ein sozialer Ausgleich mindestens auf FDP-Niveau erfolgen müssen.
2. Es handelt sich vielmehr um eine Maßnahme zur allgemeinen Verbesserung der Staatseinnahmen. Da meint man denn wohl, auf sozialen Ausgleich verzichten zu können.

Mittlere Preissprünge beim Motorenbenzin haben in der Tat ihre Unwirksamkeit als Energieeinsparungsmaßnahme schon erwiesen. So erhöhte sich von September 1979 bis September 1980 der Absatz an Motorenbenzin um zwei Prozent, obwohl der Verbraucherpreis für einen Liter Benzin um zwölf Prozent stieg. Der Pkw-Bestand nahm um zwei bis drei Prozent zu (Bericht der Bundesregierung über die Versorgungslage beim Mineralöl vom 4. November 1980).

Wie sollte eine Preissteigerung von etwas über fünf Prozent einen nennenswerten Rückgang des Verbrauchs erwarten lassen? Die Erhöhung der Mineralölsteuer kann sich sogar als hinderlich für die Einsparung von Motorenbenzin erweisen. Wer die Mechanismen bundesrepublikanischer Finanzpolitik kennt, muß damit rechnen, daß wenn man sich erst



an den Ausgleich des Staatshaushalts durch Mineralölsteuererhöhungen gewöhnt hat, kaum noch Maßnahmen ergriffen werden, die zum Rückgang dieser Steuermehreinnahmen führen werden.

Große Preissprünge könnten allerdings zum sparsamen Umgang mit Motorenbenzin führen. "Die Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer" würde einen solchen Sprung bedeuten. Sie wäre zwar weniger aus sozialen Gründen, wohl aber aus Einsparungsgründen sinnvoll. Die Koalitionspartner haben diesen gleichlautenden Vorschlag aus ihren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen - und wie eine heiße Kartoffel durch ihre Sprecher fallgelassen.

Damit ist allerdings der Vorrat an Gemeinsamkeiten von SPD und FDP in der Energiesparpolitik noch nicht erschöpft. So hat die FDP verlangt, "die Kilometerpauschale von 0,36 DM unabhängig vom benutzten Verkehrsmittel" zu gewähren (Wahlprogramm) und die SPD fordert in ihrem Berliner Beschluß, "Umwandlung der Kilometerpauschale in eine allgemeine Entfernungspauschale zur Motivierung von Fahrgemeinschaften und als Anreiz zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel". Die SPD wünscht die "Einführung gesetzlicher Regelungen für Kraftstoffverbrauchsgrenzwerte von Pkws" und die FDP möchte immerhin den "serienmäßigen Einbau verbrauchsanzeigender Geräte in Kfz".

"Grundrichtung: Weg vom Öl", so hieß es im noch gültigen Berliner Parteitagbeschuß der SPD zur Energiepolitik. Der Krieg am Golf hat diesen "Eckwert" bestätigt. Die Versorgungslage der Bundesrepublik ist zurzeit noch "zufriedenstellend", aber sie ist unsicherer geworden. Von Dauer und Entwicklung des Krieges hängt es ab, ob es zu tieferen Einbrüchen in unser Preis- und Wirtschaftsgefüge kommen wird. Wir stehen auf festem Boden - wie immer, wenn man am Abgrund steht und noch nicht hineingefallen ist.

Die Koalitionäre haben es veräumt, in dieser Situation das notwendige deutliche Warnsignal zum Öleinsparen zu setzen.

Das ist ein schlimmes Versäumnis. Es ist schlimmer noch als der Verzicht auf soziale Symetrie bei der Sanierung der Staatsfinanzen. (-/14.11.1980/hl/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

+ + +

